



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

26. Juni 2020

Wochenbericht KW 26

forsa | Kantar | FG Wahlen | infratest dimap

Wähleranteile:	Union zwischen 40 % und 37 %, SPD zwischen 16 % und 14 % Grüne zwischen 20 % und 18 %, AfD bei 10 % bzw. 9 %
Problemlösungskompetenz:	46 % trauen der Union zu, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen
Wirtschaft:	Hälfte der Bevölkerung erwartet Verschlechterung der ökonomischen Lage
Weltpolitische Lage:	54 % machen sich keine Sorgen um den Weltfrieden USA und Krankheiten werden als größte Bedrohungen wahrgenommen
Wichtigstes Thema:	Coronavirus
Anlage:	Halbjahresübersicht "Themen-Monitor"

Steffen Seibert

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	Kantar¹ für BamS	FG Wahlen² für ZDF	infratest dimap³ für ARD
CDU/CSU	39 (-1)	37 (-1)	40 (+1)	37 (-1)
SPD	14 (-)	16 (+1)	15 (-)	16 (+1)
FDP	5 (-1)	6 (-1)	5 (+1)	5 (-1)
DIE LINKE	8 (-)	8 (-)	7 (-)	7 (-1)
B'90/Grüne	18 (+1)	18 (+1)	19 (-1)	20 (+1)
AfD	9 (+1)	10 (-)	9 (-)	10 (+1)
Sonstige	7 (-)	5 (-)	5 (-1)	5 (-)
Erhebungszeitraum	15.-19.06.	18.-24.06.	23.-25.06.	23.-24.06.

Die Union liegt bei forsa 25 (-1), bei FG Wahlen 25 (+1), bei Kantar 21 (-2) und bei infratest dimap 21 (-2) Prozentpunkte vor der SPD.

Problemlösungskompetenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv
CDU/CSU	46 (-2)
SPD	7 (-)
Grüne	5 (-)
sonstige Parteien	6 (-)
keine Partei	36 (+2)
Erhebungszeitraum	15.-19.06.

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union mit 39 (-2) Prozentpunkten Abstand deutlich vor der SPD und mit 10 (-4) Prozentpunkten vor dem Anteil derjenigen, die die Lösung der Probleme keiner Partei zutrauen.

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (28.06.2020)

² im Vergleich zur KW 24

³ im Vergleich zur KW 23

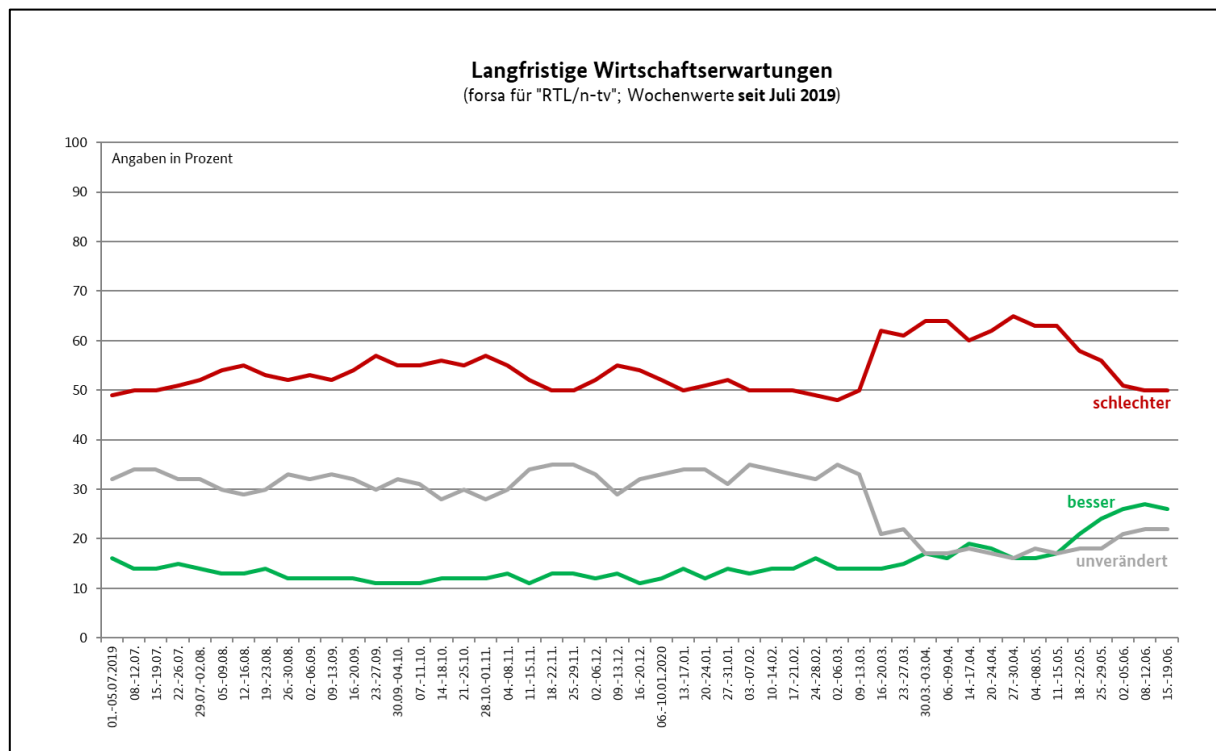
Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
besser	26	(-1)
schlechter	50	(-)
unverändert	22	(-)
Erhebungszeitraum	15.-19.06.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche so gut wie nicht verändert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der ökonomischen Lage in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 24 (+1) Prozentpunkte weiterhin deutlich höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.

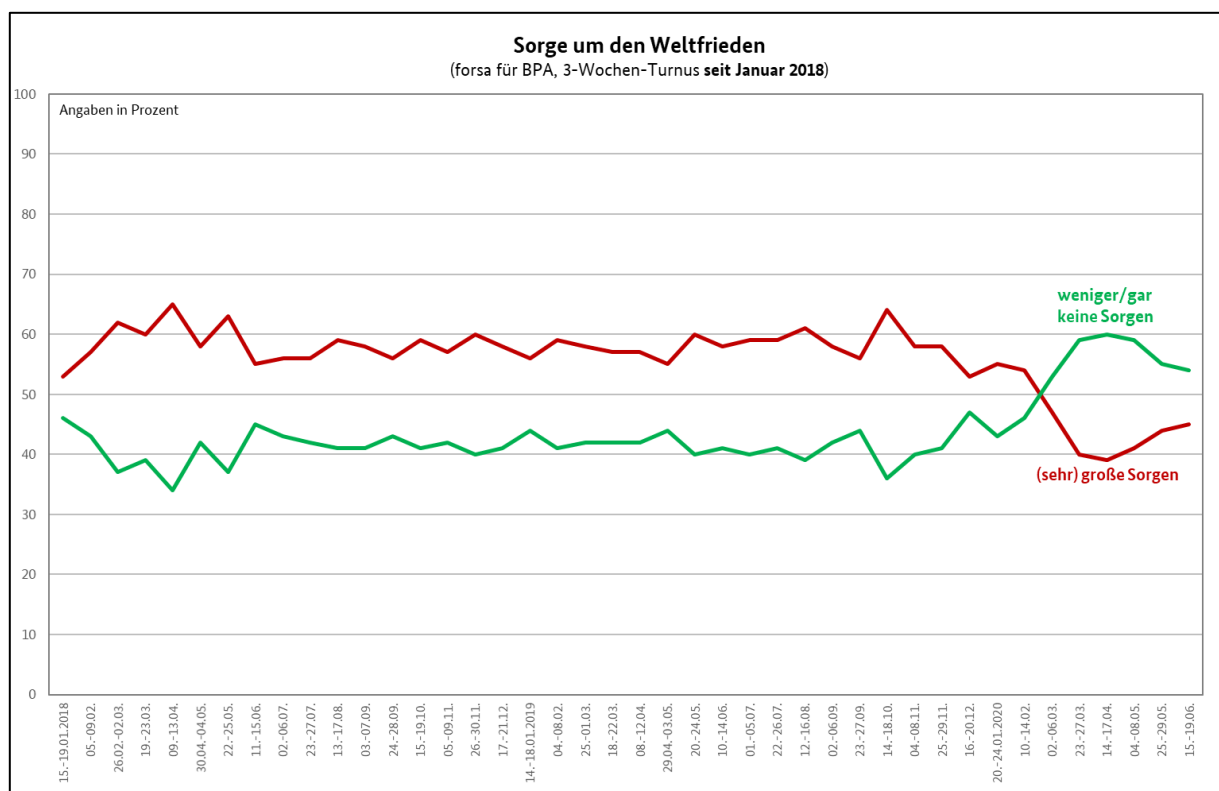


Machen Sie sich Sorgen um den Weltfrieden?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 23

	forsa für BPA	
sehr große	6 (-1)	
große	39 (+2)	
wenig	42 (-)	
keine	12 (-1)	
Erhebungszeitraum	15.-19.06.	

Anhänger der Linkspartei (58 %) machen sich überdurchschnittlich oft (sehr) große Sorgen um den Weltfrieden. Frauen machen sich häufiger (sehr) große Sorgen als Männer (54 % zu 37 %) und über 60-Jährige häufiger als unter 30-Jährige (52 % zu 36 %).



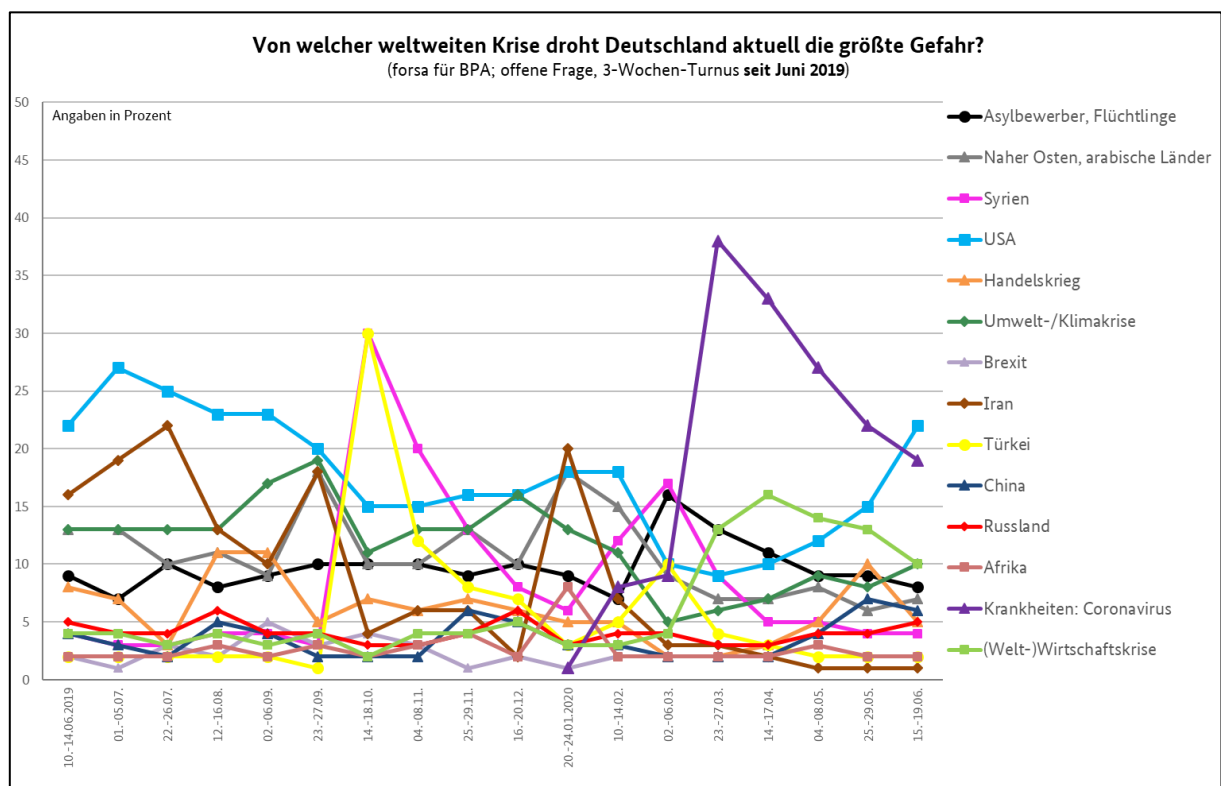
Weltweite Krisen(regionen) als Gefahrenquelle für Deutschland

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 23

	forsa für BPA
USA	22 (+7)
Krankheiten: Coronavirus	19 (-3)
(Welt-)Wirtschaftskrise	10 (-3)
Umwelt-/Klimakrise	10 (-2)
Asylbewerber, Flüchtlinge	8 (-1)
Naher Osten, arabische Länder	7 (+1)
China	6 (-1)
Russland	5 (+1)
Handelskrieg	5 (-5)
Erhebungszeitraum	15.-19.06.

Die Bundesbürger nehmen die USA als größte Gefahrenquelle für Deutschland wahr. Seit Mitte April werden sie tendenziell häufiger als größte Bedrohung angesehen, während der Anteil der Bevölkerung, der Krankheiten als größte globale Gefahr nennt, seither kontinuierlich sinkt.

Über 60-Jährige nennen die USA häufiger als größte Bedrohung als unter 30-Jährige (29 % zu 12 %).



Rolle Deutschlands in der Weltpolitik

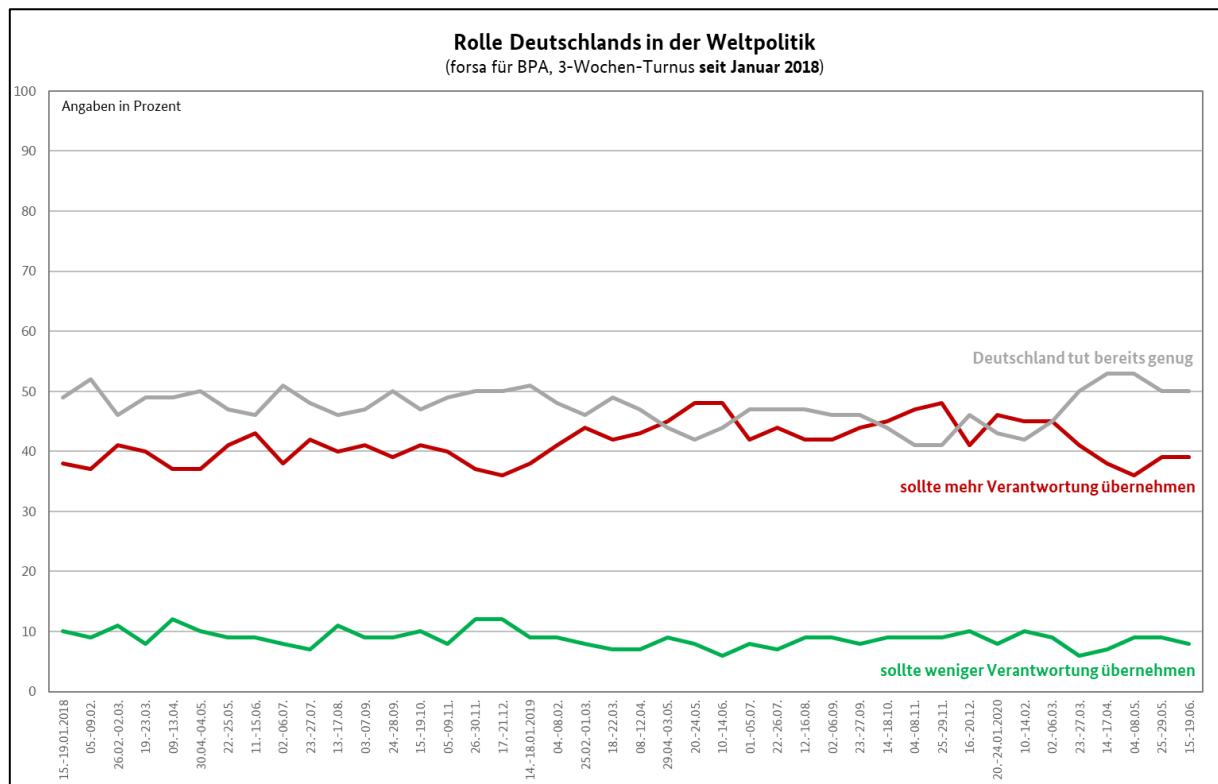
Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 23

	forsa für BPA	
sollte mehr Verantwortung übernehmen	39	(-)
sollte weniger Verantwortung übernehmen	8	(-1)
Deutschland tut bereits genug	50	(-)
Erhebungszeitraum	15.-19.06.	

Unter 30-Jährige (49 %), Personen mit hoher formaler Bildung (48 %) und Männer (46 %) sowie Anhänger der FDP (56 %), der Grünen (55 %) und der SPD (50 %) sind überdurchschnittlich häufig der Meinung, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Weltpolitik übernehmen sollte.

Hingegen sind Anhänger der AfD (26 %) besonders oft der Ansicht, dass Deutschland weniger Verantwortung übernehmen sollte.

Frauen (58 %), Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung und Personen mit mittlerem Einkommen (jew. 57 %) sowie Anhänger der Union (59 %) meinen überdurchschnittlich häufig, dass Deutschland bereits genug tut.



Rolle Deutschlands in der EU

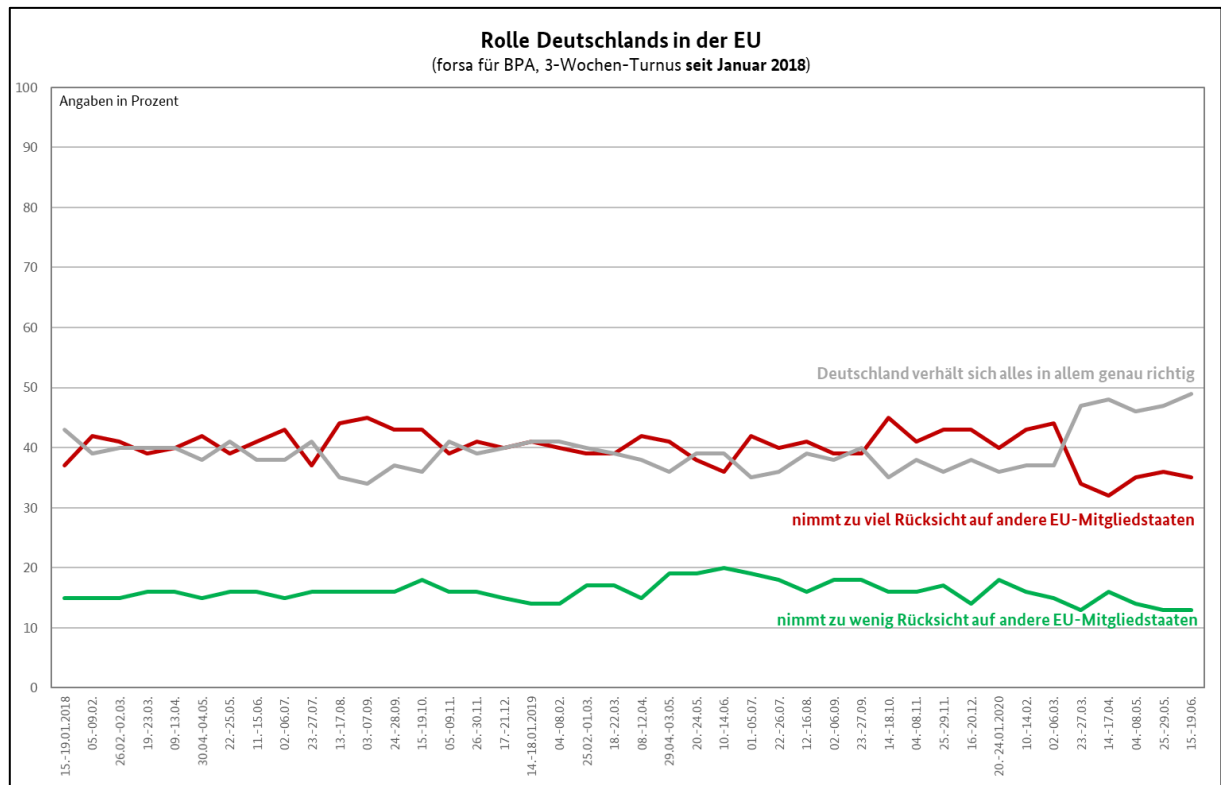
Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 23

	forsa für BPA
nimmt zu viel Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	35 (-1)
nimmt zu wenig Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	13 (-)
verhält sich alles in allem genau richtig	49 (+2)
Erhebungszeitraum	15.-19.06.

Ostdeutsche, Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (jew. 44 %) und Personen mit mittlerem Einkommen (43 %) sowie Anhänger der AfD (84 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu viel Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Hingegen sind 30- bis 44-Jährige (19 %) sowie Anhänger der Linkspartei (40 %) und der Grünen (22 %) überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Über 60-Jährige (57 %) sowie Anhänger der Union und der SPD (jew. 60 %) finden das Verhalten Deutschlands überdurchschnittlich häufig genau richtig.



Wichtigste Themen

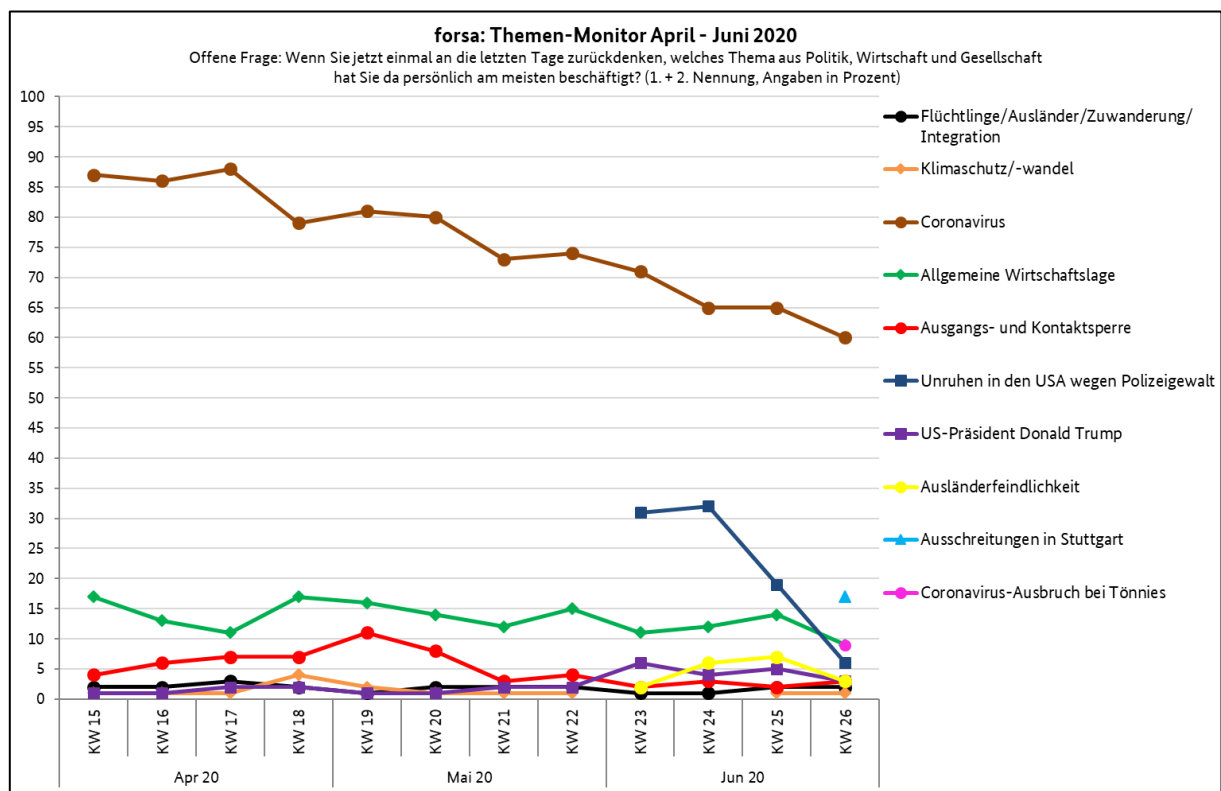
Angaben in Prozent

	forsa für BPA
Coronavirus	60 (-5)
Ausschreitungen in Stuttgart	17 (neu)
Coronavirus-Ausbruch bei Tönnies	9 (neu)
Allgemeine Wirtschaftslage	9 (-5)
Unruhen in den USA wegen Polizeigewalt	6 (-13)
Erhebungszeitraum	22.-24.06.

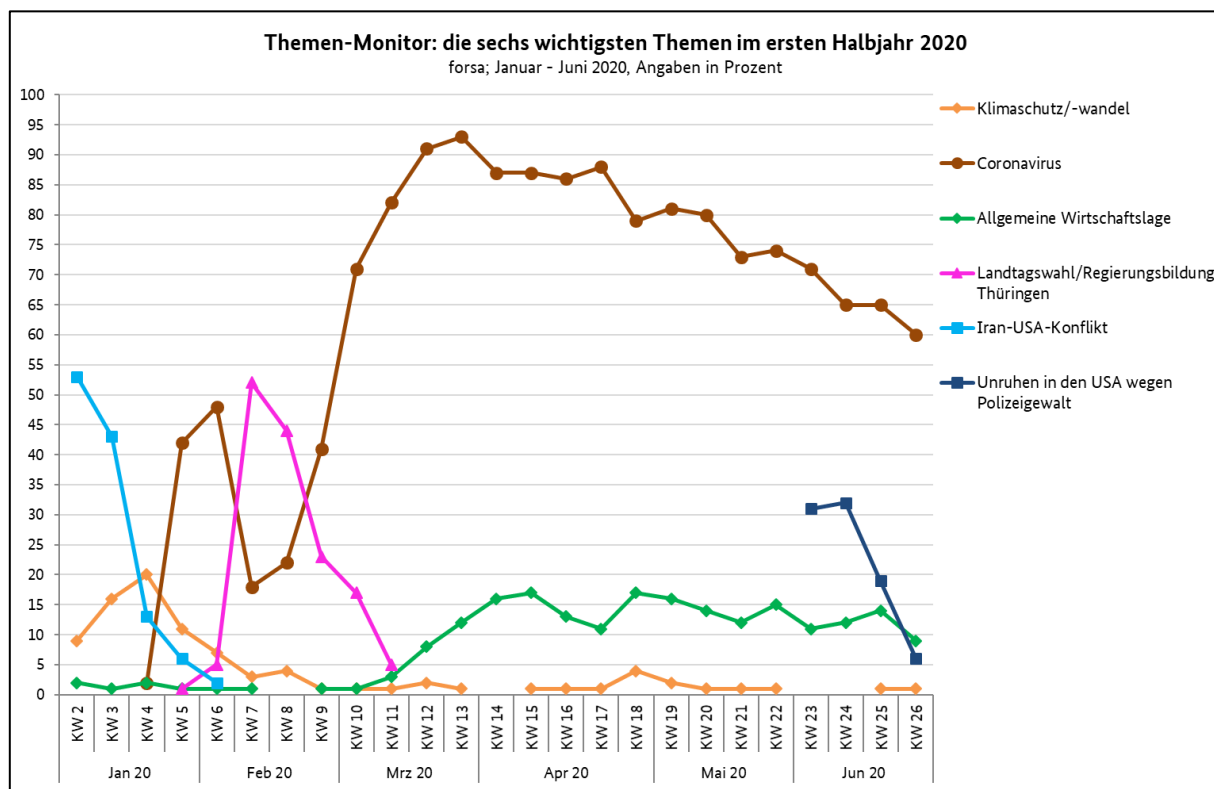
Sechs von zehn Bundesbürgern beschäftigen sich auch in dieser Woche hauptsächlich mit dem Coronavirus.

Neu hinzugekommen sind die Themen "Ausschreitungen in Stuttgart" und "Coronavirus-Ausbruch bei Tönnies".

45-59-Jährige (25 %) nennen die Ausschreitungen in Stuttgart überdurchschnittlich häufig. Gutverdiener erwähnen das Thema häufiger als Geringverdiener (23 % zu 7 %).



Die sechs wichtigsten Themen im ersten Halbjahr 2020



Die Grafik zeigt die wichtigsten Themen, die die Bundesbürger im ersten Halbjahr 2020 besonders beschäftigt haben.

Das Coronavirus ist das vorherrschende Thema der ersten sechs Monate und erreichte Ende März mit 94 % den höchsten Wert. Die Themen "Iran-USA-Konflikt" (Höchstwert: 53 %) und "Landtagswahl/Regierungsbildung Thüringen" (Höchstwert: 52 %) wurden ebenfalls überdurchschnittlich oft genannt.

Weitere Themen, die vorübergehend größere Aufmerksamkeiten erlangten, aber nicht in der Grafik abgebildet wurden, sind "Anschlag in Hanau" und "Flüchtlingssituation an türkisch-griechischer Grenze".